

A. Einleitung

Die Gesellschaft hat sich massiv verändert. Auch die Schule ist davon betroffen und hat ihren Teil zur Bewältigung der Probleme zu leisten. Aber die Schule kann nicht im Sinne des „**pädagogischen Imperialismus**“ (ein Begriff, den der **Bildungswissenschaftler Prof. Wulff D. Rehfus** geprägt hat) alle gesellschaftlichen Probleme lösen.

Schulintern masst sich der pädagogische Imperialismus an, die Jugendlichen vor Drogen schützen zu können, ausländische Kinder integrieren zu können, Verkehrs- und Umwelterziehung leisten zu können usw. usf. Aber die Überdehnung der Schule durch die Übernahme von sachfremden Leistungen hat das System überfordert und deshalb zerstört. Die Folge ist, dass die Lehrer ihren Kernaufgaben Bildung und Erziehung nicht mehr gerecht werden können und dass sie an den neu gesetzten Aufgaben ebenfalls scheitern.

Lebensweltlich masst sich der pädagogische Imperialismus an, die Menschen zu bessern. Aber die Pädagogisierung der Lebenswelt hat zur Folge, dass sich heute viele Eltern nicht mehr zutrauen, ihre eigenen Kinder zu erziehen, ohne ein pädagogisches Handbuch gewälzt zu haben, und dass viele Eltern darauf verzichten, ihre Kinder überhaupt noch zu erziehen und dies den Kindergärten und Schulen und gegebenenfalls dem Jugendamt überlassen. Dies ist mit ein Grund, weshalb so viele Jugendliche heute sozialpädagogisiert in ihrem Leben scheitern.

Die Schule und insbesondere die Lehrpersonen dürfen nicht als Feuerwehr gesellschaftspolitischer Flächenbrände missbraucht werden. Die Eltern haben in erster Linie ihren Erziehungsauftrag und ihre Erziehungsverantwortung wahrzunehmen. Diese Grundregel gilt für alle Eltern, egal welcher Herkunft!

Was aber macht die Bildungskleeblatt-Vorlage für die SVP-Fraktion des Grossen Rates in der vorliegenden Form **inakzeptabel**? Es sind vor allem folgende Punkte:

1. Aushebelung bzw. Nichtbeachtung des Subsidiaritätsprinzips (über 100 Mio. Fr. jährlich sind Bildungs-**Sozial**-Kosten): Bisher war es ein mehrheitsgetragener gesellschaftlicher Konsens, dass eine übergeordnete Ebene (Kanton) nur dort eingreifen hat, wo die untere Ebene (Gemeinde) mit einer Aufgabe überfordert ist.
2. Die Einführung der integrierten Gesamtschule: Heute wird genau das vorgeschlagen, was das Parlament seinerzeit im Leitbild Schule explizit nicht

wollte, nämlich Abschaffung der Kleinklassen, Einführung der integrativen Schulung, Abschaffung der dreigliedrigen Oberstufe und Einführung von Orientierungsstufen. **Unter diesem Titel wird gleich auch unser hervorragendes aargauisches Kulturmerkmal – die Bezirksschule – abgeschafft.**

3. Inakzeptabel ist die Tendenz, von oben nach unten vorzugehen, statt von unten nach oben wachsen zu lassen.
4. Völlig zurückzuweisen ist die Tendenz, vorgezogen umzusetzen: 18 Arbeitsgruppen sind bereits am Werk und arbeiten fieberhaft an der Umsetzung. Das ist verfassungswidrig.
5. Ebenfalls abzulehnen ist die Einführung einer im schlimmsten Fall fünf (!) Jahrgänge umfassenden Eingangsstufe, mit allen pädagogischen und organisatorischen Nachteilen und mit massivsten geistigen und körperlichen Unterschieden innerhalb der gleichen Schulklasse.

Das Paket ist viel zu gross, und es übersteigt die Leistungsfähigkeit der Schule Aargau bei weitem. Wir befürchten mit guten Gründen eine katastrophale Niveausenkung oder gar den baldigen Kollaps der Schule Aargau.

Wir wollen eine sukzessive, etappenweise Verbesserung der Situation an der Realschule und lediglich den Nachvollzug der aus dem Bildungsrahmenartikel resultierenden Beschlüsse.

In der laufenden Diskussion spricht man viel über die Anliegen der globalisierten Wirtschaft, über die Standortvorteile von Gemeinden, über finanzielle Folgen, über den harmonisierten Bildungsraum Schweiz, über die Integration von Ausländern, das Gewaltproblem unter Jugendlichen, den Gesellschaftswandel, die Stellung der Frau im Beruf, das neue Familienbild ... usw. usw. – Aber wo ist in dieser Diskussion das Kind?

Oft wird die große Mehrheit, welche vor zwei Jahren den Bildungsrahmenartikel gutgeheissen hat, ins Feld geführt. Dieser Artikel spricht aber nirgends von Gesamtschulen, integrativem Unterricht, vierjähriger Basisstufe oder von Niveaugruppen. Er verlangt einzig, dass sich die Kantone zusammenraufen und sich auf einheitliche Strukturen einigen (nebst deren Übergangsbestimmungen).

Kein anderer Kanton ist derart vorgeprescht wie der Aargau. Wir hätten erwartet, dass der Aargau aufgrund der guten Erfahrungen mit unserem

Schulmodell in der EDK selbstbewusst aktiv Einfluss nimmt auf die inhaltliche Ausgestaltung. Wo ist jetzt Bildungsdirektor Rainer Huber, der noch anlässlich seines Wahlkampfes im Jahr 2000 das Erfolgsmodell „Schule Aargau“ beschworen hat? Alles Schnee von gestern oder um mit Konrad Adenauer zu sprechen: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern!“

B. Bildungskleeblatt

1. Kleeblatt: Eingangsstufe

Faktisch ist die Eingangsstufe mit ihrem integrativem Unterricht die Abschaffung aller differenzierten Sonderklassen. Abgesehen davon, dass heute schon viele Kinder sehr viel mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung der Lehrkräfte benötigen, ohne dass sie „Sonderschulung“ bekommen würden, wäre die Abschaffung der differenzierten Sonderklassen ein Rückschritt in längst vergangene Zeiten. Kinder mit besonderen schulischen Bedürfnissen in Regelklassen werden täglich daran erinnert, dass sie anders sind, dass sie die geforderte Normleistung nicht erbringen können. Warum liegen keine Evaluationsberichte aus den Pilotversuchen vor? Warum legt man die Ergebnisse der integrativen Schulversuche von Muri nicht offen? Warum gibt man nicht zu, dass nach jedem Schuljahr diverse Lehrpersonen entmutigt ausgestiegen sind? Fragen Sie doch einmal Lehrpersonen an ISF-Schulen wie Widen, was sie von einem noch weitergehenden integrativen Unterricht halten? Aber diese Lehrpersonen fragt man wohlweislich nicht nach ihrer Meinung. Es ist doch grobfahrlässig, aufgrund irgendwelcher theoretischer Erkenntnisse eine Schulform flächendeckend vorzuschreiben, ohne sie gründlich evaluiert zu haben.

Die Durchmischung von Regelklassen mit schwer bildungsfähigen Kindern oder solchen mit Lernschwierigkeiten erhöht die Heterogenität der Klassen noch mehr, obwohl dies schon heute anerkanntermassen ein Hauptproblem der Schule ist. Die gleichzeitige Anwesenheit mehrerer Lehrkräfte im Schulzimmer verschlimmert diesen Zustand. Zu leiden darunter haben die Kinder, am meisten diejenigen am unteren oder oberen Rand der Leistungsskala.

Integrierte Schulung kann durchaus sinnvoll sein ...

... in kleinen Gemeinden, deren Schulen für die Sonderpädagogik nicht tragfähig genug sind und wo man sich ohnehin näher steht und sich besser kennt. Solche Schulen werden auch heute noch erfolgreich als Gesamtschulen

geführt.

Die flächendeckende integrative Schulung führt auf einen falschen Pfad und zwangsläufig zu einer Nivellierung nach unten. Mit einem Bruchteil der Bildungskleeblatt-Kosten könnten zentrale Probleme bei der Wurzel angepackt werden, z.B. durch bessere Betreuungsverhältnisse, durch Lösung der Fremdsprachenproblematik usw. Nicht zu unrecht hat es der Grosse Rat mehrfach abgelehnt, das Prinzip „Integrative Schulung“ im Aargau zum Dogma zu erklären.

Zur Eingangsstufe hat die SVP grundsätzliche pädagogische Bedenken, die nur durch eine seriöse Evaluation der Pilotversuche ausgeräumt werden könnten. Wenn eine derart weitreichende und teure Schulreform dem Volk vorgeschlagen wird, bedarf es einer vorgängigen Problemanalyse. Die geänderte Gesellschaft oder der globale Trend reichen nicht aus. Ob eine solche Eingangsstufe wirklich im Interesse der Kinder liegt, kann frühestens nach dem Schulaustritt der ersten Absolventen schlüssig beurteilt werden. Heute kennt man aus den Schulversuchen nicht einmal Resultate über das 3. Schuljahr hinaus. Die Dauer der laufenden Versuche reicht nicht aus.

Die Ausbildung der Kindergärtnerinnen hat schon bisher schwergewichtig die Sozialisierung der Kinder im Hinblick auf den Übertritt in die Schule enthalten. Für schwierigere Fälle stehen heute Einschulungs- und Kleinklassen zur Verfügung. Eigentlich wären diese Strukturen deshalb ideal prädestiniert, um die Defizite der betroffenen Kinder aufzufangen. Mit einer früheren Einschulung wird insbesondere die wichtige Sozialisierungsfunktion der „Normal-traditionellen Familie“ zu wenig berücksichtigt. Vermittlung von Sozialkompetenz, emotionaler Reife und Erziehung hat primär in der Familie stattzufinden. Die Schule ist kein Ersatz für diese wichtige Aufgabe. Die Eltern sind für die Erziehung ihrer Kinder zuständig und auch verantwortlich. Notfalls muss man die Eltern mit aller Härte des Gesetzes, die notfalls über das Portemonnaie führt, auf ihre Erziehungspflicht aufmerksam machen.

Mit der Abschaffung von Einschulungs- und Kleinklassen vergeben wir die bisherige Möglichkeit, Kinder mit Lernbehinderungen und Verhaltensauffälligkeiten **auf hervorragende und bewährte Art und Weise in kleinen konstanten Gruppen zu fördern**. Sie werden im integrativen Unterricht immer die Schwächsten sein; die Hilfe der Heilpädagogin ist zeitlich eingeschränkt und offenbart letztlich die Schwächen des Systems vor aller Augen. Integration heisst nicht einfach, alle Kinder zusammenzubringen und gemeinsam zu schulen. In vielen Fällen gelingt spätere Integration besser, wenn das Kind in

der Geborgenheit einer kleinen Gruppe **gezielt und individuell** gefördert worden ist.

Heute sind Kindergärten bewusst in Quartieren angelegt, möglichst nahe beim Wohnort der Kinder. Die geplante **Zentralisierung**, zusammen mit Mittel- und Oberstufenschülern, lässt die Kleinen untergehen und schafft **neue soziale Probleme und Gefahrenherde** (Pausenplätze, lange Schulwege, Verkehrsgefährdung).

Bezogen auf die Eingangsstufe **schlagen wir folgendes** mit den verfügbaren Mitteln vor:

- Beibehalten der zweijährigen Kindergärten am bisherigen Standort unter Anpassung an heutige Anforderungen (z.B. Obligatorium, Zugang zu den Kulturtechniken, Frühförderung)
- Kleinere Klassen in Kindergärten und Unterstufe
- Intensivdeutschkurse für Kinder und notfalls Eltern (z.B. mit indirektem Zwang bei Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung)
- Lehrpläne für Kindergärten mit verbindlichen Zielen
- Keine Preisgabe des Prinzips Klassenunterricht in der Unterstufe

Kindergarten-Lehrpersonen müssen in der Lage sein, die Schulreife der von ihnen betreuten Kinder zu beurteilen. Diese Kompetenz ist aus unserer Sicht bei den angesprochenen Lehrpersonen grösstenteils vorhanden und wird vielfach durch die gute Zusammenarbeit mit den Lehrkräften der Unterstufe unterstützt.

Fazit: Der Kindergarten trägt wesentlich zur Sozialisation der Kinder bei. Er soll ein Ort der Geborgenheit sein, an welchem das Kind lernt, sich in eine grössere Gemeinschaft einzugliedern.

Im Kindergarten wird die Schulreife erreicht. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte ist eine Eingangsstufe nicht nötig.

Aus einer Publikation des Schulforums:

Die wissenschaftliche Redlichkeit verlangt, dass der seit einigen Jahren laufende Schulversuch mit Grund- und Basisstufe von einer unabhängigen Institution über einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren in einer Vergleichsstudie mit Schulen nach dem herkömmlichen Modell ausgewertet wird. Nur so kann festgestellt werden, ob die hehren Ziele der Reform tatsächlich erreicht werden oder nicht.

Es ist auch nicht verboten, einen Blick über die Grenzen zu werfen auf Schulen, welche ein vergleichbares System mit Basisstufe kennen wie das bei uns vorgeschlagene - zum Beispiel England. Dass es gescheitert ist, wird heute von allen Parteien zugegeben. Immerhin kann dort auf Privatschulen ausweichen, wer über genügend Mittel verfügt - zum Beispiel die Kinder des britischen Labour-Bildungsministers oder von Tony Blair. Unser BKS hat dagegen vorgesorgt, indem Gründung und Führung von Privatschulen vor wenigen Jahren gesetzlich erschwert worden sind.

2. Kleeblatt: Harmonisierung der Schulstrukturen

Faktor Harmonisierung

Das Volk hat den Bildungsrahmenartikel, der eine Harmonisierung des schweizerischen Schulsystems fördert, deutlich angenommen. Doch selbst wenn das Kleeblatt umgesetzt wird, sind wir von einer echten Harmonisierung weit entfernt. Fremdsprachen werden in den Kantonen unterschiedlich eingeführt. Strukturen an der Oberstufe unterscheiden sich weiterhin. So bleibt die Harmonisierung ein frommer Wunsch.

Bis zur Entscheidung über den Beitritt zum notabene undemokratischen HarmoS-Konkordat stimmen wir einer sechsjährigen Primarstufe nicht explizit zu. Sechs Jahre Primarschule? Alle zusammen? Das bremst die Möglichkeiten der guten Schüler und fördert die Schwachen nicht in der nötigen Weise. Nach Meinung vieler Lehrpersonen geht dabei wirklich ein Jahr an der Oberstufe verloren mit einer zu erwartenden Niveausenkung.

Dreigliedrigkeit:

Wir wollen die bisherige Dreigliedrigkeit der Oberstufe beibehalten

Strukturen, wie sie vorgeschlagen werden, halten wir für problematisch, da sie tendenziell leistungsfeindlich sind. Sie versuchen gleichzumachen, was ungleich ist. Das dreigliedrige System fördert Schüler entsprechend ihrer Begabung besser.

Die **Oberstufe ist** als Gesamtschule geplant, unter Integration der bisherigen Bezirks-, Sekundar- und Realschule. Sie soll unterteilt werden in zwei Leistungszüge, **Der Unterricht erfolgt nur noch ca. zur Hälfte in den Stammklassen**, in der restlichen Zeit in Niveaugruppen und in Wahl- oder Wahlpflichtfächern. Damit ein solch kompliziertes System rein organisatorisch (Stundenplan!) funktionieren kann, wird bei uns im Aargau eine Mindestschulgrösse von 11 Abteilungen vorausgesetzt. **Aus diesem organisatorischen Grund verlangt der Bildungsdirektor erneut umfangreiche Verlegungen und Fusionen kleiner Schulen, und dies nur wenige Jahre nach dem grossen REGOS-Theater und unter extensivster Auslegung seiner rechtlichen Legitimation.**

- Der duale Auftrag (künftige Berufsleute mit Gymnasiasten vereint) mit gemeinsamem Schlusspurt dank Bezirksschulabschlussprüfung war und ist ein Erfolgsmodell, das wir beibehalten müssen.
- Die Dreigliedrigkeit erlaubt den Kindern, in der Klasse auch mal das Erfolgserlebnis als Bester zu geniessen.

Die heutigen Probleme der Realschule werden nicht gelöst, sondern bloss weitergereicht. Ein echter Lösungsvorschlag bestünde darin, den Eintritt in die heutige Realschule von einem ca. halbjährigen Intensiv-Deutschkurs abhängig zu machen, die Klassengrösse auf 15 zu beschränken und den Unterricht stärker auf geeignete Berufe auszurichten.

Weniger Differenzierung in den Leistungszügen und mehr Differenzierung in einzelnen Fächern sind widersprüchlich und pädagogisch nachteilig. Ein relativ stabiler Klassenverband wird einem ständigen Wechsel der Schülergruppen geopfert. Das führt zu Unrast und Heimatlosigkeit und ist punkto Gewalt- und Suchtprävention kontraproduktiv. Für die Lehrkräfte ist es eine Überforderung. Sie beschäftigen sich unverhältnismässig viel mit Laufbahnentscheiden, umso mehr, wenn auch die Eltern einbezogen werden. Die Durchlässigkeit wird nicht etwa erhöht, sondern im Gegenteil verringert. Repetieren in der Oberstufe ist nicht mehr möglich. Gerade bei den angestrebten altersdurchmischten Klassen wäre eine Repetition noch weniger auffällig als heute. Durch Verzicht auf Repetition wird die Durchlässigkeit verringert.

3. Bildungskleeblatt: Tagesstrukturen

1. Wir haben nichts gegen eine Einführung der Blockzeiten am Vormittag, welche notabene bereits in diversen Gemeinden erfolgreich eingeführt

wurden. Wir haben auch nichts gegen ausserfamiliäre Tagesstrukturen. **Aber wir sind gegen eine vom Bildungsdepartement flächendeckend verordnete Einführung der Tagesstrukturen.** Die Initiative soll von den Gemeinden oder Privaten (bottom up) ausgehen. Nur so ist gewährleistet, dass das Angebot den jeweiligen Bedürfnissen auch tatsächlich entspricht. Die Schule muss von diesen Betreuungsaufgaben entlastet werden, damit sie sich ihrer Kernaufgabe widmen kann.

2. Es darf keine kantonalen Anreize (Anreizfinanzierung) geben:

Wir wollen ein von unten nach oben gewachsenes Aargauer Modell, eine Begrenzung des Vorsorgestaates und Achtung vor der traditionellen Familie. Die Verantwortung für die Erziehung liegt primär bei den Eltern. Kinder sollen in Familien aufwachsen, nicht in vom Kanton oder den Gemeinden festgelegten und betriebenen Strukturen.

Tagesstrukturen sollen also nur nach Bedarf angeboten werden und nicht von der Bildungsverwaltung diktiert, reglementiert und kontrolliert werden. Bei pädagogischen Tagesstrukturen kommen andere Eltern unter Druck ("Man muss dabei sein, obwohl man nicht will", trotz anderer Grundwerte). Tagesstrukturen verkommen zu einem schulähnlichem Betrieb.

Die Anreizfinanzierung (Fr. 24 Mio.) durch den Kanton kommt einem "Obligatorium" gleich; Gemeinden und Eltern werden mit Kosten von Fr. 52 Mio. beglückt.

Tagesstrukturen müssen, und dies nur wenn wirklich eine Nachfrage besteht, unabhängig von der Schule angeboten werden.

Unserer Meinung nach kann die allseits gewünschte Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht so aussehen, Kinder tagsüber - möglichst lange - aus der Familie zu entfernen. Dies muss durch familienfreundliche Arbeitsprozesse gewährleistet werden. Die Arbeitgeber sind gefordert. Der Kanton soll fördern, dass sich Gemeinschaftslösungen auf Gemeindeebene ergeben. Dazu braucht es kein Gesetz und kein Dekret. Finanziell soll sich der Kanton diesbezüglich nicht engagieren.

Im Kern geht es um die leicht variierte Gretchenfrage: "Staat, wie hast du's mit der Elternverantwortung?". Setzt du auf Befähigung und gute Rahmenbedingungen für eine Erziehung im Elternhaus oder auf ein öffentliches Versorgungsmodell mit Kinderkrippe und Ganztageschule und noch mehr ideologischer Infiltration?

4. Bildungskleeblatt: Lektionenzuteilung mit Sozialindex

Die SVP ist einverstanden, dass Gemeinden mit besonders belasteten Situationen mehr Ressourcen zugeteilt erhalten. Allerdings ist auf einen Mechanismus zu verzichten, der zu indirekten Lastenausgleichen führt. Er führt zu falschen Anreizen. Ausserdem ist das Gesamtsystem der Lastenausgleichszahlungen nicht mehr kontrollierbar. Wir schlagen eine Erhöhung des Lektionenpools nach dem Kriterium der Fremdsprachigenquote bezogen auf Haushalte mit Schülerinnen und Schülern vor. Allenfalls ist sogar eine Änderung der heutigen Finanzausgleichssystematik nötig. Denn der Sozialindex darf nicht zu einem neuen oder indirekten Finanzausgleich führen.

Abgesehen davon müsste man fairerweise in gehobeneren Wohngebieten unter Umständen ebenfalls mehr Ressourcen zuteilen, weil hier häufig massive Wohlstandsverwahrlosung unter den Jugendlichen anzutreffen ist.

C. Schlussbemerkungen

Die SVP-Fraktion setzt also grosse Fragezeichen bei der Basisstufe, der Integration und der Harmonisierung der Schulstrukturen. Die Voraussetzungen dazu können in so kurzer Zeit nicht geschaffen werden. Grösste Bedeutung haben der Zeitplan und die Finanzierung dieses gigantischen Reformprojektes. Hätten sich Regierung und Parlament dazu entschlossen, das Vorhaben „von unten nach oben“ einzuführen, bestünde die Chance, sich auf allen Ebenen seriös darauf vorzubereiten. Weder Parlament noch Regierung haben diesen Bedenken Rechnung getragen. **Darum droht das Bildungskleeblatt zu scheitern.** Es wäre nicht das erste Mal, dass im Aargau geplante Änderungen an der Urne scheitern, weil das Fuder überladen wurde.

So stellt sich für uns denn die Hauptfrage: Rechtfertigt sich der riesige Kleeblatt-Aufwand oder **liessen sich die tatsächlich vorhandenen Probleme nicht einfacher, pragmatischer und ohne Kollateralschäden in kleinen Schritten auch lösen?** Sind wir uns bewusst, was wir den kommenden Generationen mit den unerprobten fundamentalen Umbauten eigentlich zumuten?

Eine besondere gesetzliche Legitimation ist aus dem genehmigten Planungsbericht nicht abzuleiten. Das sage ich als Stimmbürger im Hinblick auf

die Volksabstimmung. Das Bildungskleeblatt geht für uns in eine höchst bedenkliche, falsche Richtung. Sämtliche Kleeblätter sind gegen den Willen der SVP-Fraktion angenommen worden. Wir befürchten ein Fiasko, indem der **Grundauftrag der Schule** nicht mehr erfüllt werden kann, indem das **Subsidiaritätsprinzip** ausgehebelt wird. Erstaunt sind wir über die **weit um sich greifende Theoriegläubigkeit**, die **falsch verstandene Chancengleichheit**, die uns in grössere Schwierigkeiten treiben wird, als wir heute noch glauben wollen. Die Neuausrichtung des Unterrichts wird fatale Folgen haben. Die eindeutigen, transparenten und kontrollierbaren Klassen- und Fächerstrukturen sollen aufgegeben werden. Man will uns weismachen, nur mit integrativem Unterricht, fächerübergreifend mit interdisziplinären Fachverbänden, Projektarbeiten usw. sei ein moderner, ganzheitlicher Unterricht noch zu erreichen. Doch unsere Befürchtung bleibt: Vieles an Grundwissen, Grundfertigkeiten und vor allem an Bildung bleibt unerreicht und wird in den anschliessenden, weiterführenden Schulen und Ausbildungen schmerzlich fehlen.

Wir hätten es deshalb vorgezogen, das Volk zum Grundsatz zu befragen. Doch der Grossratspräsident hat über unseren Antrag zum Behördenreferendum gar nicht abstimmen lassen. Dabei leuchtet es doch ein: Richtig wäre, eine solch umfassende Reform des Bildungswesens mit der Formulierung einer neuen Zielsetzung an die Schule zu eröffnen, wie diese in Verfassung und Schulgesetz festgeschrieben ist. Doch der Regierungsrat fürchtet das notwendige Plebiszit, weil dabei das Volk die ideologische Stossrichtung des Kleeblattes vorzeitig erkennen könnte. Deshalb geht er unlogisch umgekehrt vor: Zunächst sollen alle organisatorischen, baulichen und strukturellen Veränderungen vollzogen werden, bis es kein Zurück mehr gibt. Die gesetzliche Anpassung ist dann bloss noch eine Formsache.

Hoffentlich hat der Regierungsrat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Reform ist in ihrer Gesamtheit derart überrissen, dass sie in einer Volksabstimmung wohl keine Chance hat. Trotz 10 Prozent weniger Schüler wird uns das Kleeblatt - den Aufwand der Gemeinden mit eingerechnet - vermutlich mehr als eine halbe Milliarde kosten, die Kosten für die Stilllegung von Schulhäusern und den Neubau an andern Standorten nicht eingerechnet. Wer will schon viel weniger Schulqualität für viel mehr Geld? Mehr Geld bringt eben nicht automatisch mehr Geist!